

---

## S 3 KR 64/00

### Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Krankenversicherung
Abteilung	4
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

#### 1. Instanz

Aktenzeichen	S 3 KR 64/00
Datum	20.11.2000

#### 2. Instanz

Aktenzeichen	L 4 KR 18/01
Datum	23.07.2001

#### 3. Instanz

Datum	-
-------	---

- I. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Würzburg vom 20. November 2000 wird zurückgewiesen.
- II. Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

#### Tatbestand:

Streitig ist, ob die Beklagte verpflichtet ist, Kosten zu erstatten, die dem Kläger seit Juni 1998 für Behandlungen durch die Dres.H. und E. in Österreich entstanden sind, außerdem soll die Beklagte auch künftige Behandlungen auf ihre Kosten erbringen und die verordneten Medikamente erstatten.

Der am 1937 geborene Kläger ist als Rentner Mitglied der Beklagten. Er leidet an einem Pemphigus familiaris Hailey-Hailey, einer vererbaren Hautkrankheit. Er befindet sich deshalb seit 1992 in ambulanter Therapie bei dem Hautarzt und Allergologen Dr.F. sowie in ständiger hausärztlicher Betreuung bei den Dres.S. in G. Daneben konsultierte der Kläger seit 1994 in regelmäßigen Abständen den Neurologen und Psychiater Dr.H. in H./Tirol. Hierfür hat die Betriebskrankenkasse der SKF GmbH (BKK SKF), deren Rechtsnachfolgerin die

---

Beklagte ist, dem KlÄxger zunÄxchst die Kosten erstattet, die bei einer vergleichbaren Behandlung in der Bundesrepublik Deutschland angefallen wÄxren.

Am 19.12.1998 beantragte der KlÄxger die vollstÄxndige Kostenerstattung fÄx¼r kÄx¼nftige Behandlungen bei Dr.H. SÄxmtliche in Deutschland bei ihm versuchten BehandlungsmÄxglichkeiten seien erfolglos, erst die Behandlung bei Dr.H. habe zu einer Besserung seines Krankheitsbildes gefÄx¼hrt.

Die BKK SKF lehnte mit Bescheid vom 12.02.1999 nach AnhÄxrung des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK) eine KostenÄx¼bernahme mit der BegrÄx¼ndung ab, fÄx¼r die Behandlung des Morbus Hailey-Hailey gebe es in der Bundesrepublik ausreichend MÄxglichkeiten. Es bestehe keine Notwendigkeit fÄx¼r eine alternativmedizinische Behandlung in Tirol.

Der KlÄxger legte Widerspruch ein und befand sich vom 22.02. bis 02.03.1999 in der Hautklinik der UniversitÄxst W. stationÄxr in Behandlung.

Wegen der Erfolglosigkeit dieser Behandlung schloss sich dann vom 09. bis 22.03.1999 eine Behandlung des KlÄxgers durch den Allgemeinarzt Dr.E. in H./Tirol an. Laut Bericht des Dr.H. vom 25.06.1999 war der Zustand des KlÄxgers bei Beginn der Behandlung desolat. Unter seiner systemischen Therapie mit intramuskulÄxren Injektionen von speziellen pflanzlichen PrÄxparaten zur StÄxrkung des Immunsystems viermal tÄxglich, verbunden mit tÄxglichen Laser-Behandlungen der betroffenen Hautareale sowie Laser-Stimulation der fÄx¼r die Hautregeneration verantwortlichen Akupressurpunkte und einer engmaschigen psychologischen Betreuung mit tÄxglicher Supervision sei es innerhalb von zwÄx¼lf Tagen zu einem vollstÄxndigen Abheilen der Hauterkrankung gekommen.

Hierzu hÄx¼rte die BKK SKF erneut den Hautarzt Dr.B. vom MDK an und erklÄxte sich im Widerspruchsbescheid vom 18.11.1999 bereit, dem KlÄxger die Kosten zu erstatten, die bei einer vertragsÄxrztlichen Behandlung in Äxsterreich abzurechnen gewesen wÄxren. Gegen diesen Bescheid wurde keine Klage erhoben.

Am 20.01.2000 beantragte der BevollmÄxchtigte des KlÄxgers, das Verfahren gemÄxÄx [Ä§ 44 SGB X](#) erneut in die Wege zu leiten. Auch wenn ein statistischer Wirksamkeitsnachweis nicht erbracht werden kÄx¼nne, habe die Behandlung beim KlÄxger Erfolg gezeigt. Falls die Beklagte zur Äx¼bernahme der vollen Behandlungskosten bereit sei, werde der KlÄxger auf eine Geltendmachung der Fahrt- und Äx¼bernachtungskosten verzichten.

Die Beklagte lehnte den Antrag mit Bescheid vom 26.01.2000 mit der BegrÄx¼ndung ab, der KlÄxger habe weder neue Gesichtspunkte noch neue Tatsachen vorgetragen, die eine RÄx¼cknahme der rechtsverbindlichen Entscheidung nach [Ä§ 44 SGB X](#) rechtfertigen kÄx¼nnten. Gegen diesen Bescheid erhob der BevollmÄxchtigte des KlÄxgers Widerspruch, der mit Widerspruchsbescheid vom 15.03.2000 als unbegrÄx¼ndet zurÄx¼ckgewiesen wurde.

---

Hiergegen richtete sich die am 10.04.2000 zum Sozialgericht WÃ¼rzburg erhobene Klage. Der BevollmÃ¡chtigte legte ein Schreiben der Beklagten an Dr.H. vom 07.05.1999 vor, worin die BKK die Bereitschaft erklÃ¡rte, sich an den Kosten der Behandlung dort zu beteiligen bzw. sie ganz oder teilweise zu Ã¼bernehmen. Es wurden jedoch hinsichtlich der HÃ¶he der gestellten Rechnungen Bedenken geÃ¤uÃ¶ert und Dr.H. gebeten, die Kosten in reduziertem Umfang dem KlÃ¡ger in Rechnung zu stellen. In seinem Antwortschreiben vom 25.06.1999 beschrieb Dr.H. seine Behandlung und wies auf deren Erfolg hin.

Das Sozialgericht hat die Klage mit Urteil vom 20.11.2000 abgewiesen. Die Beklagte habe zu Recht eine RÃ¼cknahme des rechtsverbindlichen Bescheides vom 12.02.1999 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 18.12.1999 gemÃ¡Ã¶ [Ã§ 44 SGB X](#) abgelehnt, weil der KlÃ¡ger Ã¼ber die durch Widerspruchsbescheid vom 18.11. 1999 zugesagte Kostenerstattung hinaus keinen Anspruch auf Ã¼bernahme bzw. Erstattung weiterer Kosten fÃ¼r die Behandlungen durch die Dres.H. und E. in H. habe, denn sein Anspruch auf Leistungen aus der deutschen gesetzlichen Krankenversicherung ruhe gemÃ¡Ã¶ [Ã§ 16 Abs.1 Nr.1 SGB V](#). Der KlÃ¡ger habe zwar grundsÃ¡tzlich Anspruch auf Krankenbehandlung, es sei auch unstrittig, dass die Hauterkrankung des KlÃ¡gers der Behandlung bedÃ¼rfte. Die LeistungsansprÃ¼che richteten sich in Ã¶sterreich nach der EWG-Verordnung 1408/71. Danach bestehe ein Sachleistungsanspruch unter anderem dann, wenn Leistungen unaufschiebbar benÃ¶tigt werden oder der zustÃ¡ndige LeistungstrÃ¡ger der Behandlung vorher zustimmt. Da es sich nach Auskunft der Tiroler Gebietskrankenkasse bei den Dres.H. und E. um PrivatÃ¡rzte handele, die in keinem VertragsverhÃ¡ltnis zur Tiroler Gebietskrankenkasse stehen, sei ein Sachleistungsanspruch nach Artikel 22 EWG-Verordnung 1408/71 nicht gegeben.

Auch nach [Ã§ 18 Abs.1 SGB V](#) kÃ¶nnen die Kosten nicht Ã¼bernommen werden, denn die Behandlungsmethode von Dr.H. entspreche nicht dem allgemein anerkannten Stand der medizinischen Erkenntnisse. Die AusfÃ¼hrungen des MDK hierzu seien schlÃ¼ssig und Ã¼berzeugend. Auch der KlÃ¡ger selbst habe eingerÃ¡umt, dass ein statistischer Wirksamkeitsnachweis der Methode des Dr.H. zur Behandlung eines Pemphigus familiaris Hailey-Hailey bisher nicht erbracht sei. Der Behandlungserfolg sei auch nur vorÃ¼bergehender Natur.

Der KlÃ¡ger kÃ¶nne auch aus dem Schreiben der Beklagten vom 07.05.1999 an Dr.H. keinen Anspruch auf KostenÃ¼bernahme herleiten. Es handele sich nicht um eine Zusicherung im Sinne des [Ã§ 34 Abs.1 SGB X](#). In dem genannten Schreiben habe die Beklagte lediglich ihre Bereitschaft erklÃ¡rt, bezÃ¼glich einer Kostenbeteiligung erneut zu entscheiden, falls Dr.H. bereits wÃ¡re, seine Rechnungen zu reduzieren. SchlieÃ¶lich kÃ¶nne der KlÃ¡ger sich auch nicht mit Erfolg darauf berufen, dass die BKK SKF die Behandlungskosten fÃ¼r Dr.H. frÃ¼her getragen habe, denn die Beklagte sei an diese, auf eine bestimmte, zwischenzeitlich abgeschlossene Behandlung bezogene Entscheidung rechtlich nicht gebunden, zumal es hierfÃ¼r im Gesetz keine Anspruchsgrundlage gebe.

SchlieÃ¶lich spiele auch keine Rolle, dass einer Behandlung des KlÃ¡gers mit schulmedizinisch anerkannten Methoden fÃ¼r die Beklagte mÃ¶glicherweise

---

hÄ¶here Kosten anfallen wÄ¶rden. Das Wirtschaftlichkeitsgebot des [Ä§ 12 Abs.1 SGB V](#) sei auf das System der gesetzlichen Krankenversicherungen bezogen und lasse keinen Vergleich mit Leistungen zu, die auÄ¶erhalb des Systems von Behandlern erbracht werden, die nicht zur vertragsÄ¶rztlichen Versorgung zugelassen sind.

Durch das gefundene Ergebnis wÄ¶rden auch keine Grundrechte des KIÄ¶rgers verletzt.

Mit der hiergegen eingelegten Berufung beantragt der KIÄ¶rger weiterhin die KostenÄ¶bernahme seiner Behandlung in Tirol.

Eine Behandlung des KIÄ¶rgers sei in Deutschland nicht mÄ¶glich. Hierzu wird ein Schreiben der UniversitÄ¶t W. (Prof. Dr.E. B.) vom 18.05.1999 an die fÄ¶r die Tochter des KIÄ¶rgers, Frau S. S. , zustÄ¶ndige Barmer Ersatzkasse vorgelegt. Darin wird ausgefÄ¶hrt, unter BerÄ¶cksichtigung der den Krankheitsverlauf beeinflussenden erhebliche psychosomatische Komponente erscheine derzeit die alternativ medizinische Behandlung am besten geeignet, die Erkrankung zu bessern. Die Behandlung in Ä¶sterreich habe tatsÄ¶chlich beim KIÄ¶rger zu einem Erfolg gefÄ¶hrt. Er werde im Abstand von jeweils vier bis fÄ¶nf Monaten durchschnittlich dreimal im Jahr behandelt. Damit mÄ¶sse der Wirksamkeitsnachweis zwingend als erbracht angesehen werden. Da diese Behandlung nur in Ä¶sterreich mÄ¶glich sei, fÄ¶hre der Behandlungsanspruch dazu, dass die Erstattung der Aufwendungen durchgefÄ¶hrt werden mÄ¶sse. Eine Verbreitung der Methode im Inland sei nicht erforderlich. Die Rechtsprechung des BSG zu [Ä§ 18 SGB V](#) dÄ¶rfe auf Behandlungen in Ä¶sterreich nicht Ä¶bertragen werden. Ä¶sterreich sei EG-Land und nicht Ausland. Auf die Wirtschaftlichkeit der Behandlung durch Dr.H. wird hingewiesen. Auch PrivatÄ¶rzte dÄ¶rften Behandlungen zu Lasten der gesetzlichen Krankenkassen erbringen.

Das gefundene Ergebnis des Ersturteils verletzte Grundrechte des KIÄ¶rgers. Es mÄ¶ge kein Anspruch auf Bereitstellung und Finanzierung bestimmter Gesundheitsleistungen bestehen, es bestehe aber Anspruch auf Besserung und Heilung. Diese seien nur durch Dres.H. und E. realisierbar. Es handele sich um einen extremen Sonderfall.

Der BevollmÄ¶chtigte des KIÄ¶rgers beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts WÄ¶rzburg vom 20.11.2000 und die zugrundeliegenden Bescheide der Beklagten vom 12.02. 1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 18.11. 1999 und vom 26.01.2000 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 15.03.2000 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, die durch die Behandlung bei Dres.H./ E. angefallenen Kosten einschlieÄ¶lich der medikamentÄ¶sen Versorgung zu erstatten und festzustellen, dass der KIÄ¶rger auch zukÄ¶nftig diese Behandlung beanspruchen kann, hilfsweise, Dr.H. F. als Zeugen einzuvernehmen, fÄ¶r die Tatsache, dass die von Dres.H./E. verwendete Behandlungsmethode seit acht Jahren regelmÄ¶ig nachhaltig Besserung der Beschwerden erbringt und dass eine alternative

---

Behandlungsmöglichkeit der Schulmedizin nicht existiert, hilfsweise, die Revision zuzulassen.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Dass die Behandlung des Klägers nur im Ausland möglich sei, sei unzutreffend. Der Berufungskläger verkenne auch, dass Österreich als EG-Land Ausland im Sinne des [Â§ 18 Abs.1 SGB V](#) sei. Eine EG-Zugehörigkeit spiele nur insoweit eine Rolle, als sich Leistungsansprüche bei einer Behandlung in Österreich nach der EG-Verordnung 1408/71 richten.

Selbst wenn man zu dem Ergebnis komme, dass eine Behandlung der Erkrankung des Klägers nur im Ausland bzw. in Österreich möglich sei, komme man nicht an dem Nachweis vorbei, dass die Behandlung dem allgemein anerkannten Stand der medizinischen Erkenntnis entsprechen müsse. Das Therapiekonzept umfasse die Verabreichung pflanzlicher oder synthetischer Heilmittel wie Salben und Tinkturen sowie speziell ausgewählte Teesorten aus allen Ländern der Welt und Injektionen mit phototherapeutischem Pharmazeutikum. Gleichzeitig erfolge eine eingehende psychologische Betreuung durch Heilmeditation, mentales Training oder Hypnose. Von zentraler Bedeutung in dem Therapiekonzept sei die geistige Heilung, bei der durch Handauflegen angeblich kosmische Energien auf die Patienten übergeleitet werden. Ein statischer Wirksamkeitsnachweis dieser Methode, die im Übrigen bei der Behandlung verschiedenster Krankheiten und nicht nur dem Pemphigus familiaris Hailey-Hailey angewandt werde, sei bisher nicht erbracht worden und könne auch nicht erbracht werden. Dr.H. und Dr.E. seien keine Hautärzte. Sie behandelten in ihrer Praxis ein großes Spektrum von Erkrankungen mit nicht nachvollziehbaren Therapiemethoden. Dies könne bei Patienten, die ein hohes Maß von Vertrauen und Glauben in und an diese Therapiemethode setzen, zu vorübergehenden Heilungserfolgen führen. Wissenschaftlich nachvollziehen lasse sich dies nicht.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der beigezogenen Akte der Beklagten sowie der Gerichtsakten beider Rechtszüge Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die gemäß [Â§ 151 SGG](#) form- und fristgerecht eingelegte Berufung, die wegen der Höhe des Beschwerdewertes nicht der Zulassung gemäß [Â§ 144 SGG](#) bedarf, ist zulässig, sie erweist sich aber als unbegründet. Die Entscheidung der Beklagten im Bescheid vom 26.01.2000 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 15.03.2000, die ihre Bescheide vom 12.02.1999 und 18.11.1999 nicht gemäß [Â§ 44 SGB X](#) aufzuheben, ist rechtmäßig. Damit steht bestandskräftig fest, dass der Kläger keinen Anspruch auf Erstattung der Kosten seiner Behandlung in Österreich hat.

Das Sozialgericht hat hierzu ausgeführt, dass der Kläger gemäß [Â§ 11 Abs.1](#)

---

[Satz 1 Ziffer 4](#) i.V.m. [Â§ 27 Abs.1 Satz 1 Ziffer 1 SGB V](#) Anspruch auf Ärztliche Behandlung wegen seiner Krankheit Pemphigus Hailey-Hailey hat. Der Kläger befindet sich auch in ärztlicher Behandlung in Deutschland. Die Übernahme der Kosten für die in Österreich regelmäßig mehrmals im Jahr durchgeführte Behandlung durch Dr.H. (oder Dr.E.) ist weder nach dem SGB V noch nach Europarecht möglich. Zwischen Mitgliedern der Europäischen Union, wie es Deutschland und Österreich sind, kommt die EWG-Verordnung 1408/71 zur Anwendung. Nach deren Artikel 22 besteht ein Sachleistungsanspruch nach den Vorschriften des Aufenthaltsorts zum Beispiel dann, wenn Leistungen unaufschiebbar sind oder der zuständige Leistungsträger der Behandlung vorher zugestimmt hat. Der Kläger hat nach österreichischem Recht keinen Leistungsanspruch, weil er sich dort bei Ärzten in Behandlung befindet, die nach deren Auskunft in keinem Vertragsverhältnis zur Tiroler Gebietskrankenkasse stehen. Eine Erstattung der Kosten des Klägers in der Höhe, wie sie nach österreichischem Recht entstanden wären, führt deshalb ins Leere (siehe Widerspruchsbescheid vom 18.11.1999). Das schließt auch eine Regelung auf der Grundlage des [Art.34 EG VO 574/72](#) aus.

Eine Kostenübernahme ist auch nicht nach [Â§ 18 Abs.1 SGB V](#) möglich. Nach [Â§ 18 Abs.1 Satz 1 SGB V](#) kann die Krankenkasse die Kosten der erforderlichen Behandlung ganz oder teilweise übernehmen, wenn eine dem allgemein anerkannten Stand der medizinischen Erkenntnis entsprechende Behandlung einer Krankheit nur im Ausland möglich ist. Das Sozialgericht hat hierzu zutreffend ausgeführt, dass die Kostenübernahme an zwei Bedingungen geknüpft ist, die kumulativ erfüllt sein müssen: Die im Ausland angebotene Behandlung muss dem allgemein anerkannten Stand der medizinischen Erkenntnis entsprechen und im Inland darf keine diesem Stand entsprechende Behandlung der beim Versicherten bestehenden Erkrankung möglich sein. Der Anspruch des Klägers scheidet daran, dass es sich bei der von Dr.H. und Dr.E. durchgeführten Behandlung nicht um eine dem allgemein anerkannten Stand der medizinischen Erkenntnis entsprechende handelt. Die vom Facharzt für Neurologie und Psychiatrie Dr.H. durchgeführte "systemische" Therapie besteht nach dessen eigenen Angaben aus Injektionen von speziellen pflanzlichen Präparaten zur Stärkung des Immunsystems, verbunden mit täglicher Laserbehandlung und Laserstimulation sowie einer engmaschigen psychologischen Betreuung mit täglicher Supervision. Die Beklagte weist im Berufungsverfahren zusätzlich darauf hin, dass von zentraler Bedeutung in diesem Therapiekonzept die geistige Heilung sei, bei der durch Handauflegen angeblich kosmische Energien auf den Patienten überleitet werden. Zur Beurteilung, ob es sich dabei um eine Behandlungsmethode handelt, die dem allgemein anerkannten Stand der medizinischen Erkenntnisse entspricht, hat sich das Sozialgericht im angefochtenen Urteil umfassend und schlüssig geäußert. Das Ergebnis dieser rechtlichen Überprüfung war, die Methode entspreche nicht dem allgemein anerkannten Stand der medizinischen Erkenntnisse. Der Senat folgt diesen Ausführungen und hält die Berufung insoweit für unbegründet. Von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgründe wird gemäß [Â§ 153 Abs.2 SGG](#) abgesehen. Der Kläger kann einen Anspruch auf Kostenerstattung auch nicht auf eine Zusicherung gemäß [Â§ 34 Abs.1 SGB X](#) stützen oder sich auf frühere Kostenübernahme

---

berufen. Auch eine behauptete Kostenersparnis ist nicht entscheidungserheblich. Da die Entscheidungsgründe des Urteils hierzu ebenso wie zu den verfassungsrechtlichen Fragen zutreffend und umfassend sind, wird auch insoweit von einer weiteren Darstellung abgesehen.

Da ein Anspruch des Klägers an der fehlenden Wissenschaftlichkeit der angewendeten Methode scheitert, ist nicht entscheidungserheblich, ob die Behandlung erfolgreich ist oder ob eine alternative Behandlungsmöglichkeit im Inland existiert. Der Senat entspricht deshalb dem Hilfsantrag des Klägers bevollmächtigten, den behandelnden Arzt Dr. H. F. als Zeugen einzuzuziehen für die Tatsache, dass die von Dres. H./E. verwendete Behandlungsmethode seit acht Jahren regelmäßig nachhaltig Besserung der Beschwerden erbringt und dass eine alternative Behandlungsmöglichkeit der Schulmedizin nicht existiert, nicht.

Die Kostenfolge ergibt sich aus [Â§ 193 SGG](#) und entspricht dem Unterliegen des Klägers.

Gründe, die Revision gemäß [Â§ 160 SGG](#) zuzulassen, sind nicht gegeben, die Entscheidung bewegt sich innerhalb der höchststrichterlichen Rechtsprechung (z.B. BSG vom 16.06.1999 – [SozR 3-2500 Â§ 18 Nr.4](#)) und wirft keine grundsätzlichen Fragen auf.

Erstellt am: 28.09.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024